

Beteiligungsorientierte Integrationsarbeit

Eine wichtige Handlungsstrategie für eine zukunftsfähige Stadt

Burhan Cetinkaya

Flucht und Migration. Eine Herausforderung für die Kommunen

Unsere Gesellschaft verändert sich. Derzeit gehören Möglichkeiten und Grenzen der Integration von Migrant/innen zu den viel diskutierten Themen. Dabei überlagern sich die Debatten um die Integration der schon lange hier lebenden Einwohner/innen mit Zuwanderungsgeschichte mit den Debatten in Bezug auf die Integration der neu zu uns kommenden Menschen.

Schon lange Teil unserer Gesellschaft: Einwohner/innen mit Zuwanderungsgeschichte

Jede/r fünfte in Deutschland lebende Einwohner/in hat einen Migrationshintergrund (1). In vielen westdeutschen Mittel- und Großstädten haben die Kinder unter sechs Jahren sogar mehrheitlich einen Migrationshintergrund. Ein großer Teil der hier schon längere Zeit lebenden Migrant/innen ist immer noch nach ihrem juristischen, rechtlichen und politischen Status benachteiligt. Ein Jugendlicher namens Hakan bekommt beispielsweise mit gleichen Zeugnissen und Noten viel seltener eine Einladungen zum Bewerbungsgespräch als ein Junge mit dem Namen Tim (2). Viele Studien belegen, dass sie in den gesellschaftlich relevanten Bereichen wie Arbeit, Einkommen, Bildung, Wohnen und Partizipation deutlich schlechteren Lebensbedingungen ausgesetzt sind. Kinder und Jugendliche aus Einwandererfamilien haben im deutschen Bildungssystem weiterhin weniger Erfolg als jene ohne Migrationshintergrund. Wie aus einer aktuellen Studie hervorgeht, spielen die Lehrer/innen hierbei eine wesentliche Rolle (3). Eine aktuelle Untersuchung zu rassistischer Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt macht deutlich, dass insbesondere Bewerber/innen mit arabischen und türkischen Namen eine bis zu 40 Prozent geringere Chance haben, zu einem Besichtigungstermin eingeladen zu werden (4).

Eine wichtige Frage ist, warum ein Großteil der Migrant/innen in der inzwischen zweiten und dritten Generation am gesellschaftlichen Aufstieg nicht partizipieren kann. Die Erfahrungen aus der Praxis zeigen strukturelle, soziale, kulturelle und identifikative Hindernisse in Bezug auf die Integration. Diese wurden vielfach nicht ausreichend erkannt und somit die vorhandenen Probleme nicht frühzeitig bearbeitet. Klar ist: Das Gelingen von Integration ist davon abhängig, ob eine Stadtgesellschaft mit ihren Institutionen wie Schulen, Behörden, Vereinen und Unternehmen offen für die Vielfalt ihrer Einwohner/innen ist und ob die Zugewanderten die ihnen gebotenen Möglichkeiten ergreifen. Integration ist als Querschnittsaufgabe zu verstehen, die alle Lebensbereiche betrifft und Themen wie Bildung, soziale Teilhabe, Kultur, interreligiösen und interkulturellen Dialog, Stadtentwicklung, Wirtschaft und Arbeit und Gesundheit umfasst. Integrationsprozesse beginnen zudem mit jedem/r Zuwanderer/in aufs Neue. Sie erfordert auch Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, damit Chancengerechtigkeit und Beteiligung erreicht werden können.

Gerade bei uns angekommen: Geflüchtete in unserer Gesellschaft

Weltweit erleben wir aktuell die größte Flüchtlingsbewegung nach dem zweiten Weltkrieg mit derzeit über 65 Millionen Menschen (5). In den vergangenen zwei Jahren sind sehr viele Menschen nach Deutschland zugewandert – auf der Flucht vor Gewalt, Krieg, Verfolgung oder Hunger. Das Bundesinnenministerium hat Ende September 2016 die Zahl der im Jahr 2015 nach Deutschland geflüchteten Menschen von zunächst 1,1 Millionen auf 890.000 korrigiert (6).

Die Unterbringung und Versorgung der Geflüchteten ist dabei nur der erste Schritt. Die eigentliche Herausforderung ist die gemeinsame Gestaltung des Integrationsprozesses. Es geht darum, die Teilhabe der Menschen mit Fluchterfahrung am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen, insbesondere durch Spracherwerb, Bildung, Arbeit und Beschäftigung, durch Zugang zum Wohnungsmarkt und quartiersbezogene Integration, durch Kultur, Sport etc. Dafür muss die Stadtgesellschaft mit ihren Institutionen, Verbänden und dem Ehrenamt funktionierende Strukturen aufbauen. Neben der großen Hilfsbereitschaft und Unterstützung, die die Kommunen insbesondere durch das Ehrenamt erlebt haben, hat die große Zahl der Geflüchteten in den Kommunen einige Veränderungsprozesse ausgelöst. Auch die Städte und Gemeinden, die vorher mit dem Thema Integration in organisatorischer Hinsicht wenige Berührungen hatten, haben neue Strukturen geschaffen und zusätzliche Stellen installiert. Für die kommunalen Integrationsfachkräfte bietet diese Entwicklung u.a. eine Chance, weil dadurch das Thema Integration eine besondere Bedeutung bekommen hat und zusätzliche neue Projekte und Maßnahmen installiert werden konnte.

Vielerorts werden Strategien zur Integration entwickelt. Manche Konzepte entstehen am grünen Tisch der Bürokratie, andere werden mit den Betroffenen gemeinsam entwickelt. Die besten Konzepte bringen aber nicht viel, wenn die finanziellen, strukturellen und politischen Rahmenbedingungen nicht vorhanden sind.

Die folgenden beiden Beispiele zeigen Wege auf, Migrant/innen stärker in die Gesellschaft einzubeziehen und sie am gesellschaftlichen Zusammenleben zu beteiligen – egal, ob sie schon lange bei uns leben oder gerade erst gekommen sind.

Beteiligungsorientierte Integrationsarbeit in der Kommune: Das Beispiel Dinslaken

Integrationsbeauftragter als Bindeglied

Die Stadt Dinslaken hat die Stelle eines Integrationsbeauftragten seit dem 01.04.2014 neu eingerichtet. Der Integrationsbeauftragte agiert als Bindeglied zwischen Verwaltung, Migrantenselbstorganisationen (MSOs) und gesellschaftlichen Akteuren und hat vernetzende und beratende Funktion in der Kommune. Er setzt sich für die gesellschaftliche Teilhabe von Migrant/innen ein und trägt dazu bei, das Zusammenleben von Dinslakenerinnen und Dinslakenern unterschiedlicher Herkunft, Kultur und Religion zu stärken. Der Integrationsbeauftragte organisiert den Integrationsprozess auf gesamtstädtischer Ebene, ohne dabei die speziellen Herausforderungen einzelner Stadtteile aus dem Blick zu verlieren.



Abb. 1: Integrationsarbeit Dinslaken © Stadt Dinslaken

Befragung und Aktivierung relevanter Personen und Organisationen in der Integrationsarbeit

Partizipation und die gemeinsame Gestaltung unserer Stadtgesellschaft sind die Voraussetzungen für das gelingende Zusammenleben unterschiedlicher Kulturen und Religionen. Da Integration eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist, wurde in Dinslaken großer Wert darauf gelegt, dass der Prozess von Beginn an auf breite Strukturen ausgerichtet wird. Die Zielsetzungen waren es, möglichst viele Menschen mit und ohne Zuwanderungsgeschichte für das Thema zu gewinnen, neue Netzwerke und Kooperationsstrukturen zu schaffen und vorhandene zu stärken.

Hierzu wurde ein Interview-Fragebogen mit Aktivierungscharakter entwickelt:

- Fragen zur Organisation (Ziele, Aufgaben, Angebote und Aktivitäten, Zahl der Mitglieder etc.)
- Kooperation und Zusammenarbeit (mit welchen Vereinen, Einrichtungen und Institutionen bestehen Kontakte bzw. Zusammenarbeit im Bereich Integration und welche Projekte werden gemeinsam gemacht?)
- Probleme und Themen im Bereich Integration (wo liegen die größten Probleme und wie wirkt sich das im Alltag aus? Welche Zielgruppen betrifft das besonders?)
- Handlungsbedarf (was müsste getan werden, damit die genannten Probleme gelöst werden können? Wer müsste was tun und mit wem?)
- Prioritätensetzung zu den Themen im Bereich Integration

Mit insgesamt 90 Einrichtungen, Vereinen, Institutionen und Personen, die Berührungspunkte zur Thematik haben, wurden auf Basis dieses Interview-Fragebogens Gespräche geführt und protokolliert. Auf dieser Basis konnte über die in den Interviews genannten Themen eine Prioritätenliste aufgestellt werden. Die Gesprächspartner/innen kamen aus unterschiedlichen Herkunftsländern und aus verschiedenen Stadtteilen.

Ende September 2014 fand die Integrationskonferenz mit ca. 200 Teilnehmer/innen statt. Das große Interesse an der Veranstaltung ist u.a. auch darauf zurückzuführen, dass im Vorfeld durch die aktivierende Befragung viele Menschen und Organisationen für das Thema sensibilisiert und gewonnen werden konnten. Das Ergebnis war, dass in Dinslaken in einer kurzen Zeit viele Projekte und Maßnahmen in unterschiedlichen Bereichen der Integrationsarbeit realisiert wurden.

Migrantenselbstorganisationen in die kommunale Integrationsarbeit einbinden

Die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements ist ein wichtiger Bereich der kommunalen Integrationsarbeit. Die Migrantenselbstorganisationen (MSOs) spielen hierbei eine zentrale Rolle. Sie sind Instanzen, die ihren Mitgliedern Unterstützung und Orientierung – z.B. in Form von Freizeitangeboten, geschlechtsspezifischen Angeboten, Sprachkursen, Weiterbildung, Sozial- und Rechtsberatung, Hausaufgabenbetreuung usw. – bieten. Die kommunale Integrationsarbeit hat eine vernetzende, beratende und unterstützende Funktion für die MSOs, damit sie sich noch zielgerichteter in die zahlreichen kommunalen Integrationsaktivitäten einbringen können.

In Dinslaken wurden durch die kommunale Integrationsarbeit auch im Bereich religiöser Extremismus unterschiedliche Projekte und Maßnahmen realisiert: Fortbildungen für pädagogische Fachkräfte und Lehrer, Informationsveranstaltungen zum Thema religiöser Extremismus, Intensivierung des interreligiösen Dialogs, Mitarbeit am Präventionsprogramm »Wegweiser« gegen gewaltbereiten Salafismus, Dinslakener Appell – gemeinsam gegen gewaltbereiten Salafismus, für

ein friedliches Miteinander – etc. Die MSOs und Moscheegemeinden wurden als Akteure in zahlreichen Aktivitäten miteinbezogen, wie z.B. auch bei der mehrsprachigen Informationsveranstaltung für Eltern zum Thema »religiöser Radikalismus«. Hierzu wurde im Vorfeld eine Planungsgruppe gegründet in der die Vertreter/innen der MSOs und Moscheegemeinden die Veranstaltung mitgeplant und mitgestaltet haben. So wurden in mehreren Sitzungen die inhaltlichen Fragen, wie z.B. wie erreichen wir die Zielgruppe, wo und wie soll die Veranstaltung organisiert werden, gemeinsam diskutiert und abgestimmt. Zu folgenden Fragen wurden Fachreferent/innen eingeladen:

- Wie lässt sich eine zunehmende Radikalisierung rechtzeitig erkennen?
- Was kann ich tun?
- Wo bekomme ich Hilfe?

Für die Informationsveranstaltung konnten viele Eltern gewonnen werden. Darüber hinaus stellte auch das Jugendamt der Migrantengemeinschaft ihre Dienste und Unterstützungsmöglichkeiten vor.

Das große Interkulturelle Fest Dinslaken

Integration kann dort gelingen, wo Begegnung stattfindet und sich die Menschen über ihre Lebenssituation gegenseitig informieren. Durch Information und Zusammentreffen können Vorurteile abgebaut werden.

2015 und 2017 fand deshalb das »Interkulturelle Fest Dinslaken« statt. Über 60 Organisationen und viele Einzelpersonen in den Arbeitsgruppen »Familienfest« und »Kulturprogramm« haben an der Realisierung des Festes mitgearbeitet und dazu beigetragen, dass die Besucher/innen die kulturelle und religiöse Vielfalt erleben konnten. Vereine, Initiativen, Einrichtungen, Institutionen und Religionsgemeinschaften, die zum Teil vorher miteinander kaum zu tun hatten, sind für ein gemeinsames Ziel zusammenkommen und haben das Interkulturelle Fest organisiert.



Abb. 2: Planungstreffen für das zweite Interkulturelle Fest in Dinslaken
© Stadt Dinslaken

Beteiligungsorientierte interkulturelle Stadtteilarbeit: Das Beispiel Düren-Nord

Die überwiegende Mehrheit der ersten Generation der so genannten »Gastarbeiter/innen« hatte nur geringe Möglichkeiten und Voraussetzungen, ihren Wohnort sowie ihre Wohnlage zu bestimmen. Sie fanden in den vergleichsweise preiswerten innenstadtnahen Altbauquartieren mit schlechter Bausubstanz oder an den am Stadtrand gelegenen mehrgeschossigen Sozialbauten eine Wohnung, die Ende der 1960er, Anfang 1970er Jahre entstanden waren. Die sozialräumliche Segregation der Migrant/innen war lange Zeit kein großes Thema in der bundespolitischen Diskussion. Der Strukturwandel und damit einhergehende Verarmung von bestimmten Wohnquartieren und Stadtteilen hat die Politik 1999 dazu bewegt, das Bund-Länder-Programm »Soziale Stadt« ins Leben zu rufen. Durch dieses Programm werden bis heute in zahlreichen Städten integrierte Handlungsprogramme und Maßnahmen zur Stabilisierung, Förderung und Entwicklung von benachteiligten Stadtgebieten realisiert. Die Charakteristik dieser städtischen Räume ist neben der schlechten Bausubstanz, geringen Qualität des Wohnumfeldes, der Defizite in der Sozialstruktur und der hohen Arbeitslosigkeit auch durch den großen Anteil der Stadtteil- bzw. Quartiersbewohner/innen mit Migrationshintergrund (7) geprägt.

Die gemeinsamen Interessen und nicht Einzelinteressen stehen im Vordergrund

Der Stadtteil Düren-Nord in NRW beinhaltet diese typischen Merkmale eines Sozialen Stadt-Gebietes. Das Büro für Gemeinwesenarbeit und Soziale Stadtentwicklung (GWA-Büro) wurde im Zuge der Umsetzung des Programms in 2005 damit beauftragt, auf Stadtteilebene den Erneuerungsprozess zu organisieren. Die Gemeinwesenarbeit als ein Instrument der sozialen Stadtentwicklung trägt zur sozialen Integration von Migrant/innen und gesellschaftlich benachteiligten Gruppen bei. »Kontakt, Dialog und Zusammenarbeit fördern Toleranz zwischen verschiedenen Kulturen und Milieus. Gemeinwesenarbeit betont nicht die Unterschiedlichkeit von Menschen und Gruppen, sondern stellt Verbindendes in den Vordergrund.« (Selbstdarstellung des GWA-Büros).

Das interkulturell besetzte Team hatte das Ziel, den Stadtteilentwicklungsprozess von Anfang an auf nachhaltige Strukturen aufzubauen. Hierzu sollten auch die Migrant/innen und deren Vereine für die Stadtteilarbeit gewonnen und mit anderen Akteuren vernetzt werden. In der Einstiegsphase wurden mit drei Akteursgruppen in einem breit angelegten Aktivierungsverfahren die wichtigsten Probleme/Themen/»Ärgerpunkte«, die Handlungsbedarfe und die Vorteile/Ressourcen des Stadtteils ermittelt. Einbezogen wurden:

- die im Stadtteil ansässigen Organisationen (deutsche Vereine, Migrantenvereine, Institutionen, soziale Einrichtungen, Kindergärten und Schulen),
- verschiedene Bevölkerungsgruppen aus den Wohnquartieren,
- die Gewerbetreibenden, Selbständigen und Unternehmen.

Integriertes Handlungskonzept und Stadtteilvertretung

Das Stadtteilprogramm entstand aus den Ergebnissen der Befragungen, die in einem nächsten Schritt auch mit den Stadtteilakteuren abgestimmt wurden. Auf der Grundlage dieses Programms wurde später das Integrierte Handlungskonzept aufgestellt und auf der Stadtteilversammlung die erste Stadtteilvertretung für Nord-Düren gewählt. Die Stadtteilvertretung ist unabhängig und demokratisch, parteipolitisch ungebunden sowie nationen- und religionsübergreifend. Sie ist auf Stadtteilebene die wichtigste Instanz für den Erneuerungsprozess. Sie entscheidet nach dem Konsensprinzip

über alle Projektanträge, richtet Arbeits-, Projekt- Bewohnergruppen ein und vertritt gemeinschaftlich alle bedeutsamen Stadtteilthemen nach außen hin. Die Stadtteilvertretung entscheidet allein über die Projekte, die aus dem Verfügungsfonds finanziert werden. Die investiven Projekte werden nach der Zustimmung der Stadtteilvertretung zur Abstimmung den zuständigen Ausschüssen oder dem Stadtrat vorgelegt. Auch der multikulturelle Charakter des Stadtteils spiegelt sich in der Zusammensetzung der Stadtteilvertretung wider. Neben den Vertretern der MSOs sind von zwölf Bewohnervertreter/innen sechs mit Migrationshintergrund und von vier Vertreter/innen der Stadtteilökonomie zwei mit Zuwanderungsgeschichte. Auch in allen Projekt- und Bewohnergruppen arbeiten Migrant/innen aktiv mit und gestalten die Zukunft ihres Stadtteils. Darüber hinaus entwickelten viele Aktive neue Fähigkeiten und Fertigkeiten, wie z.B. Sitzungen zu moderieren, Gruppen zu leiten oder Aktionen zu organisieren. Besonders erfreulich ist, dass im Verlauf der gemeinsamen Arbeit neue interkulturelle Freundschaften entstanden sind und alte Vorurteile aufgebrochen wurden.



Abb. 3 Soziale
Stadtentwicklung in
Düren-Nord ©
GWA-Büro

Integration braucht einen langen Atem – und konkretes Handeln

Das Zusammenleben von Menschen mit unterschiedlichem kulturellem und religiösem Hintergrund ist eine Bereicherung für unsere Städte. Es bedarf einer Stärkung des »Wir-Gefühls«. Integration braucht dabei konkrete Taten. Sie ist kein Kurzstreckenlauf, sondern ein Marathon mit Hürden.

Die Beispiele aus beiden Städten zeigen, dass für eine zukunftsfähige Stadt eine konzeptionelle Vorgehensweise zur Partizipation und Beteiligung von Migrant/innen entwickelt und Integration als Querschnittsaufgabe in Stadtentwicklungsprozessen integriert werden muss. Vieles hängt sicherlich auch von Personen ab, die als »Motoren« den Prozess gestalten. Die Erfahrungen zeigen, dass Fachkräfte mit gewinnendem Charakter, die als Netzwerker/innen und Organizer/innen fungieren und fundierte interkulturelle Erfahrungen besitzen, erfolgreich sind.

Anmerkungen

(1) Statistisches Bundesamt 2016.

(2) Studie: »Diskriminierung am Ausbildungsmarkt« (2014). Sachverständigenrat Deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR).

(3) Studie: »Vielfalt im Klassenzimmer. Wie Lehrkräfte gute Leistung fördern können« (2017). Berliner Instituts für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM) und Sachverständigenrat Deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR).

(4) Studie: »Untersuchung zu rassistischer Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt« (2017). Der Spiegel und der Bayerische Rundfunk.

(5) Bericht des Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen (UNHCR).

(6) Pressemitteilung des Bundesministerium des Innern unter:

<http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2016/09/asylsuchende-2015.html> [Stand 30.09.2016].

(7) Zu den Personen mit Migrationshintergrund zählen alle Ausländerinnen und Ausländer sowie Deutsche, die nach 1955 selbst zugewandert sind oder bei denen mindestens ein Elternteil nach 1955 aus dem Ausland nach Deutschland kam.

Literatur

- Häußermann, Hartmut/Siebel, Walter (2004): Stadtsoziologie. Eine Einführung, Frankfurt/Main, Campus Verlag
- Terkedis, Marc (2010): Interkultur, Berlin, Suhrkamp Verlag

Autor

Burhan Cetinkaya studierte Architektur und anschließend Stadt- und Regionalentwicklung an der Universität Bremen. Durch verschiedene Weiterbildungen erhielt er Zusatzqualifikationen als Organisationsmanager mit dem Schwerpunkt Projektmanagement und als Manager für interkulturelle Öffnungsprozesse. Er war als Stadtentwickler und Gemeinwesenarbeiter im GWA-Büro in Düren und danach als Integrationsbeauftragter bei der Stadt Dinslaken tätig. Seit Oktober 2017 arbeitet er als Stadtentwickler und Koordinator im Bereich Sozialraumplanung beim Land Berlin.

Kontakt

Burhan Cetinkaya

E-Mail: burhan.cetinkaya@web.de

Redaktion eNewsletter

Netzwerk Bürgerbeteiligung – c/o Stiftung Mitarbeit

Redaktion eNewsletter

Ellerstraße 67 – 53119 Bonn

E-Mail: newsletter@netzwerk-buergerbeteiligung.de